



Nr. 2 / 15. Januar 2021

## **Zum Brandanschlag in der Lübecker Hafenstraße vor 25 Jahren: Der Flüchtlingsbeauftragte ruft zum offensiven Umgang mit strukturellem Rassismus auf**

**Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein gedenkt in den kommenden Tagen der Opfer des Brandanschlags auf ein Haus für Asylbewerber\*innen in der Lübecker Hafenstraße am 18. Januar 1996. Bei dem Anschlag vor 25 Jahren wurden zehn Menschen getötet und 38 weitere verletzt. Unter den Opfern waren auch mehrere Kinder und Jugendliche.**

Am Wochenende und am Montag (18. Januar 2021) nimmt der Landeszuwanderungsbeauftragte Stefan Schmidt unter Auflagen zum Infektionsschutz an Demonstration, Lichtinstallation und Gedenken teil, zu denen die Initiative Hafenstraße'96 im Rahmen der Erinnerungswoche einlädt.

„Der nicht aufgeklärte Brandanschlag in der Hafenstraße ist in meiner Heimatstadt ein Erinnerungsmoment an den Rechtsterrorismus der 90er Jahre. Er steht auch für das beklemmende Gefühl, das durch staatliches Versagen gegenüber der Gefahr durch Neonazis entsteht. Ich glaube, dass es heute in Schleswig-Holstein nicht mehr zu vergleichbaren Versäumnissen kommen würde. Aber für viele Lübecker\*innen und Schleswig-Holsteiner\*innen bleibt der Brandanschlag ein beschämendes Ereignis der jüngeren Geschichte. Heute erkennen bei uns mehr Menschen an, dass es strukturellen Rassismus und strukturelle Gewalt gibt. Deshalb und vor allem, um die Opfer und ihre Angehörigen zu würdigen, finde ich es angemessen, alle Aspekte der Ereignisse des 18. Januar 1996 aufzuklären und offen mit ihnen umzugehen“, sagt Stefan Schmidt.

Die Täter des Lübecker Brandanschlags in der Hafenstraße wurden bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen. Es gab einen starken Tatverdacht gegen Jugendliche mit rechtsextremem Hintergrund. In der schleswig-holsteinischen Geschichtsschreibung sind der Brandanschlag am 18. Januar 1996 und seine Aufarbeitung eng mit der Gefahr durch rechte Gewalt verbunden und stehen für einen mutmaßlich nachlässigen staatlichen Umgang mit politisch motivierten Gewalttaten durch Neonazis.